



**Jörg Hofmann**

**Zweiter Vorsitzender der IG Metall**

**1. Mai: Gute Arbeit. Soziales Europa.**

**Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2014 in Schweinfurt**

**Sperrfrist Redebeginn**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in diesem Jahr 2014 jährt sich der Ausbruch des Ersten Weltkriegs zum einhundertsten Mal.

Erstmals in der Menschheitsgeschichte wurden die kriegerischen Auseinandersetzungen in industrialisierten Massenschlachten geführt. Massenvernichtungswaffen wie Gas eingesetzt.

Weite Landstriche in Europa völlig zerstört. 10 Millionen Menschen starben. 20 Millionen Menschen blieben ihr Leben lang an Körper und Seele gezeichnet.

Aktuell wird die Debatte wieder geführt, wer Verantwortung trägt für diesen Krieg.

Ohne Zweifel trägt das Deutsche Reich ein gerütteltes Maß an Schuld für diese gewaltige erste Katastrophe des 20. Jahrhunderts.

Und ohne Zweifel haben die europäischen Eliten im Sommer des Jahres 1914 versagt.

Versagt haben aber auch große Teile der deutschen Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie durch ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten.

Nur 25 Jahre später - vor 75 Jahren - musste die Welt den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs erleben.

Untrennbar verbunden mit dem deutschen Nationalsozialismus.

Dem Holocaust. Der Atombombe.

1945 hatte die Menschheit die schlimmste Bilanz ihres Daseins zu ziehen:

Hunderte Millionen körperlich geschädigter oder traumatisierter Menschen. Mehr als 50 Millionen Menschen Tote; alleine in der Sowjetunion über 16 Millionen. Mehr als sechs Millionen in den deutschen Konzentrationslagern ermordete Menschen. Juden, Sinti und Roma, Schwule, Linke, Gewerkschafter.

Diese Zahlen hören sich nüchtern an. Sie sind in Wahrheit unfassbar.

Keiner von uns Nachgeborenen kann ermessen, wie viel Leid und Elend die Welt in diesen Kriegen erleben musste.

Jedes dieser Opfer verpflichtet uns heute und auch für die Zukunft:

Das darf sich nie wieder wiederholen! Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Und dies setzt voraus, Lehren zu ziehen.

Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs waren die Gewerkschaften zutiefst gespalten. Zerstritten und verfeindet.

Sie waren damals unfähig, gemeinsam mit den demokratischen und nichtfaschistischen Parteien und Organisationen die Demokratie und die Freiheit der Menschen zu verteidigen.

Deshalb haben unsere Gründer mit der Einheitsgewerkschaft die richtige Schlussfolgerung gezogen.

Die Idee der gemeinsamen Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der abhängig Beschäftigten - unabhängig von ihrer politischen Einstellung.

Eine andere Lehre ist: Wir wollen nie wieder Chauvinismus und Rassismus in unserem Land dulden. Bei uns haben Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus keinen Platz!

Deshalb bekämpfen wir alle, die mit dumpfen Parolen gegen Ausländer hetzen oder mit Deuschtümelei gegen Europa Wahlkampf machen!

Wie vor drei Jahren hier in Schweinfurt gegen den Aufmarsch der Rechtsradikalen. Ihr habt Euch der braunen Meute entgegengestellt und das war richtig!

Wir fordern das Verbot faschistischer und volksverhetzender Organisationen wie der NPD!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

beide Weltkriege haben ihre Wurzeln in Europa.

Einem Kontinent, der über Jahrhunderte durch Eroberungskriege, nationalistische und rassistische Greuelthaten geprägt war.

Heute schauen wir auf eine nahezu siebzigjährige Friedensphase in Mitteleuropa zurück. Wir leben heute in der Europäischen Union in einem friedlichen Europa mit 28 Mitgliedsstaaten. Das ist das Ergebnis eines unvergleichlichen politischen Einigungsprozesses.

Mir ist diese europäische Entwicklung eine Herzensangelegenheit. Wegen unserer Geschichte. Und auch aus politischer und wirtschaftlicher Notwendigkeit.

Es gibt keine Alternative zu einem einheitlichen, demokratischen und sozialen Europa, wollen wir nachhaltig Frieden, Wohlstand und Freiheitsrechte sichern.

Wachstum und Beschäftigung in Deutschland sind nur gesichert, wenn Europa insgesamt auf Wachstumskurs bleibt und die Volkswirtschaften der Krisenstaaten sich wieder positiv entwickeln.

Kolleginnen und Kollegen,

Ihr wisst, wovon ich spreche: Hier in Schweinfurt ist das europäische Zentrum der Wälzlagerherstellung. Heute werden hier zu mehr als 60 Prozent Wälzlager für den europäischen Markt produziert.

Unsere Wertschöpfungsketten sind global, aber vor allem in Europa eng vernetzt. Dass dies heute so ist, ist keine Selbstverständlichkeit. Sondern Ergebnis des leidenschaftlichen Einsatzes der Beschäftigten, der Betriebsräte und der IG Metall.

In den neunziger Jahren gingen hier tausende Arbeitsplätze verloren. Mit den klassischen Produkten war in Westeuropa kein Geld mehr zu verdienen.

Ihr habt es geschafft, den Spiess umzudrehen. Heute werden hier hochspezialisierte Produkte gebaut in einer Qualität, die euch keiner nachmacht.

Aber auch in Schweinfurter Betrieben wird spürbar, was es bedeutet, wenn die politischen Rahmenbedingungen nicht auf eine Wachstumsstrategie ausgerichtet sind.

Beispiel Windkraft. Der jetzt erreichte Kompromiss mit der EU-Kommission ist gut so. Allmählich kommt wieder Investitionssicherheit in die Energiewende zurück, finden unsere guten Produkte wieder einen Markt.

So geht Europa!

Das ist die Lehre, die man ziehen muss: Gute Ideen haben und daraus gute Produkte mit hochqualifizierten und motivierten Kollegen und Kolleginnen herstellen. Und eine Wirtschaftspolitik, die auf Innovation und Wachstum setzt.

Dann braucht man sich vor Europa und dem Markt nicht zu fürchten - ganz im Gegenteil!

Deshalb ist mein Rat an diese scheinbar so schlauen Professörchen von der sogenannten Alternative für Deutschland: Schauen Sie sich hier in Schweinfurt mal an, wie man handfest und praktisch in Europa handelt!

Deutschlands Wohlstand baut auf der europäischen Integration auf.

Es ist doch barer Unsinn, in einem Ausstieg Perspektiven zu sehen!

Dass durch die Finanzkrise und die Gier der Finanzmärkte Europa in eine nachhaltige Wachstumskrise rutschte – darauf gilt es Antworten zu geben!

Und daher fordern wir, dass endlich die Profiteure zur Finanzierung von Investitionen zur Kasse gebeten werden. Die haben sich doch Milliarden und Abermilliarden durch Spekulationen gegen ganze Volkswirtschaften in die Tasche gestopft!

Regulierung der Finanzmärkte und Investitionen in Wachstum statt Schüren nationalistischer Vorbehalte – das ist unsere Alternative für Deutschland und Europa, Kolleginnen und Kollegen. Ohne Wachstum wird der soziale Sprengstoff, der sich schon heute in einem zunehmend ungleichen Europa aufgebaut hat, weiter zunehmen.

Und das nimmt vor allem den jungen Menschen Lebenschancen. Sie sind am härtesten von Perspektivlosigkeit durch Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung betroffen.

Dieser soziale Sprengstoff ist leicht zu entzünden für nationalistische Demagogen. Wir stellen dagegen ein Europa der Fairness, des Ausgleichs. Ein soziales und demokratisches Europa. Ein Europa, das den Menschen mehr Freiheit jenseits der Grenzen der Nationalstaaten ermöglicht.

Ein solidarisches Europa, das seinen Bürgerinnen und Bürgern mehr soziale Sicherheit bieten kann, weil es die wirtschaftliche Kraft dafür hat.

Das sage ich auch mit Blick auf die Ereignisse in der Ukraine. Die mich zutiefst besorgen.

Wir brauchen keinen neuen kalten Krieg. Auch kein imperiales Aufrüsten. Wir brauchen eine Friedenslösung und wir brauchen demokratische Entscheidungen statt Stellvertreterkriege durch Milizen.

Deshalb: Ein friedliches, demokratisches und soziales Europa muss uns allen ein Herzensanliegen sein!

Gerade jetzt - wenige Wochen vor den Wahlen zum europäischen Parlament - sage ich: Es lohnt sich, für ein besseres Europa zu streiten, Kolleginnen und Kollegen!

Und ich rufe Euch auf: Geht zur Wahl! Nehmt Eure Familien und Freunde mit! Sorgt dafür, dass die demokratischen Institutionen Europas hohe Legitimation durch hohe Wahlbeteiligung bekommen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit einigen Monaten regiert unsere ja fast schon ewige Kanzlerin mit einer neuen Mehrheit.

Wenn ich die letzten Monate so Revue passieren lasse, dann stelle ich erstens fest: Die FDP ist weg und das Abendland ist trotz aller gegenteiligen Behauptungen der Brüderles und Rößlers nicht untergegangen!

Und ich stelle zweitens fest: Die große Koalition hat einige Korrekturen der Fehlentwicklungen der Agenda 2010 auf den Weg gebracht.

Das war richtig und das war überfällig!

Und das liegt nicht zuletzt daran, dass wir, die Gewerkschaften, die Betriebsräte, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, fast schon gebetsmühlenartig eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt und mehr Gerechtigkeit in der Sozialpolitik gefordert haben.

Die große Koalition hat einige Projekte angeschoben, die uns wichtig sind. Wir haben dafür in den vergangenen Jahren auch mächtig Druck gemacht. Gerade auch Ihr hier in Schweinfurt.

Sichere Arbeit, stabiles Einkommen, Chance auf berufliche Entwicklung und gesund in die Rente - das sind die Herausforderungen im Alltag, für die die Beschäftigten Lösungen erwarten. Auch von den Politikern in Berlin und München.

Wir haben gemeinsam diese Forderungen nach „guter Arbeit“ an die Politik gerichtet. Auch durch betriebliche und öffentliche Aktionen.

Wir haben in vielen Fragen die große, überwältigende Zustimmung der Bevölkerung - gegen die mediale Übermacht der Neoliberalen.

Wenn ich mir die ersten Gesetzentwürfe der Großen Koalition ansehe, dann muss ich sagen: Das hat durchaus Wirkung gezeigt.

Endlich sollen diejenigen, die jahrzehntelang jeden Tag in den Betrieb oder in die Verwaltung gehen, mal was wiederbekommen.

Wenn diese wahren Leistungsträger in unserer Gesellschaft jetzt ein wenig materielle Anerkennung bekommen, dann ist das richtig so! Allen Sturmläufen der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zum Trotz.

Stichwort Rente mit 63: Wer 45 Jahre geklebt hat, soll abschlagsfrei in Rente gehen können. Aber hören wir das Trommelfeuer aus Arbeitgeberverbänden, neoliberalen Instituten und bürgerlichen Medien:

Es droht für diese selbsternannten Fachleute schon die Apokalypse des Abendlandes, wenn sich Politik endlich mal für etwas mehr Gerechtigkeit und nicht nur für den Abbau von Sozialleistungen ausspricht.

Welche Perversion des politischen Denkens!

Da werden Töne angeschlagen, die in ihrer dumpfen Aggressivität schon lange nicht mehr zu hören waren. Der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall spricht davon, „dass wir unsere Zukunft verfressen“. Andere sprechen vom Generationenverrat und von Geschenken für den sogenannten Facharbeiteradel.

Kolleginnen und Kollegen,

die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren ist kein Geschenk. Sie ist die Anerkennung der Lebensleistung für Menschen, die 45 Jahre hart gearbeitet haben und in die Rentenkasse eingezahlt haben! Diese Leistungen werden künftig nicht mehr durch Abschläge entwertet. Und das ist gut und richtig und fair!

Hingegen ist es pure Demagogie, zu behaupten, dass die abschlagsfreie Rente mit 63 die Jüngeren benachteiligt.

Der jungen Generation wäre doch nicht damit geholfen, wenn diese Maßnahme nicht kommen würde. Es werden jetzt die Generationen gegeneinander ausgespielt, ganz nach dem Motto: „Es solle doch bitte allen gleich schlecht gehen.“

Dabei entscheidet doch für die jungen Menschen heute die aktuelle Arbeitssituation über die Rentenansprüche von morgen! Sie brauchen anständig bezahlte und sozialversicherungspflichtige Arbeit und keine Befristungsketten, Dauerpraktika und Billigjobs.

Die Eindämmung prekärer Arbeit das ist die nachhaltig sozialpolitische Herausforderung! Ein Viertel aller Erwerbstätigen in Deutschland arbeitet im Niedriglohnsektor. Darin liegt der Sprengsatz für die Stabilität des Sozialsystems in der Zukunft. Das ist ein Skandal und nicht die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren!

Wir haben in der Verhinderung und Gestaltung von Leiharbeit viel erreicht. Jetzt wird es darum gehen, dem Werkvertrags-Unwesen zu Leibe zu rücken und das wird nicht einfach werden.

Natürlich ist der Gesetzgeber gefragt. Wir verlangen von der neuen Bundesregierung: Kümmert Euch um diese wesentlichen Themen zur Sicherung des Sozialstaates! Wir brauchen eine gesetzliche Eingrenzung der Leiharbeit und des Werkvertrags-Unwesens.

Und lasst Euch nicht kirre machen vom Trommelfeuer der selbsternannten Eliten und Besserwisser in Medien und Talkshows! Hört auf die Menschen! Auch hier in Schweinfurt! Und die sagen weiter mit übergroßer Mehrheit: Die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren ist gerecht und das sagen wir auch hier und heute!

Kolleginnen und Kollegen, und noch ein Scheinargument der Kritiker: Frauen werden durch diese Regelung benachteiligt. Das klingt zunächst richtig - ist es aber nicht.

Keine Rentenreform kann doch rückwirkend die Arbeitsmarktstrukturen der 60er und 70er Jahre korrigieren. Der damalige Arbeitsmarkt war vom Modell „Ehemann ist Alleinverdiener“ geprägt. Darauf war auch die soziale Absicherung ausgerichtet.

Heute sieht das anders aus. Frauen und Männer, Mütter wollen ihren Beruf nicht für die Kinder aufgeben und Väter mehr als nur Wochenend-Papis sein. Und das ist gut so!

Aber das scheitert zu oft noch an fehlenden Betreuungsplätzen, flexiblen Arbeitszeiten und auch an Unternehmenskulturen. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für die Emanzipation der Mütter und der Väter müssen bessere Voraussetzungen geschaffen werden. Da gibt es noch reichlich Nachholbedarf. Darin liegt die Ungerechtigkeit ungleicher Chancen für Männer und Frauen.

Das Elterngeld plus ist ein erstes richtiges Signal – wenn es denn kommt. Aber ich sage auch: Wir brauchen auch eine tarifliche Absicherung einer an die Lebensphasen orientierten Arbeitszeitpolitik.

Ich habe vor einiger Zeit das Modell eines Anspruchs auf verkürzte Vollarbeitszeit für alle Beschäftigten, die Kinder betreuen dürfen oder Pflegefälle in der Familie haben, in die Diskussion gebracht. Auch hier brauchen wir Unterstützung durch die Politik. Etwa durch eine Befreiung von Lohnausgleichszahlungen von Steuern und Abgaben.

Politik wird nicht alles regeln können. Aber Politik muss die Rahmenbedingungen sinnvoll gestalten. Und das fordern wir ein.

Lieber Kolleginnen, liebe Kollegen!

Richtig ist auch, dass der Mindestlohn kommt. Und auch das ist ein Verdienst der Gewerkschaften und des DGB: Mehr als zehn Jahre lang haben wir uns dafür eingesetzt, dass in Deutschland endlich möglich wird, was in allen anderen europäischen Ländern schon lange gilt: Eine Lohnuntergrenze gegen unbegrenzte Ausbeutung und für eine einigermaßen anständig bezahlte Arbeit. Denn wer Vollzeit arbeitet, muss doch halbwegs davon leben können.

Aber hier gilt es nachzubessern: Der Mindestlohn muss für alle gelten. Ausnahmen wie die für junge Menschen lehnen wir ab! Ausdrücklich begrüße ich den Gesetzentwurf zur Stärkung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und die Ausweitung des Geltungsbereichs für das Arbeitnehmerentsendegesetz. Das stärkt die Tarifautonomie und hilft, den Wettbewerb über die Arbeitsbedingungen einzuschränken.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen!

Auch von uns Gewerkschaften, von den Betriebsräten, den Vertrauensleuten wird erwartet, den Wandel von Arbeit und sozialer Sicherheit zu gestalten. Noch bis Ende Mai laufen die Betriebsratswahlen unter dem Motto „Du hast es in der Hand: Deine Stimme – Betriebsratswahlen!“

Damit werden unsere aktiven Kollegen und Kolleginnen in den Betrieben mit einem Mandat für die nächsten vier Jahre ausgestattet, sich genau um diese Fragen zu kümmern. Ich will die Gelegenheit hier nutzen, allen zu danken, die bereit sind, diese Aufgabe zu übernehmen. Euch allen wünsche ich viel Erfolg für die Amtszeit.

Es gibt vieles anzupacken: Die IG Metall hat im vergangenen Jahr eine große Beschäftigtenbefragung durchgeführt. Über eine halbe Million Menschen haben sich daran beteiligt. Die Beschäftigten haben uns gesagt, was sie unter „guter Arbeit“ verstehen.

Arbeit ist nach wie vor der zentrale Bezugspunkt des Lebens. Ein entscheidendes Thema ist die Arbeitszeit. Ausufernde Arbeitszeiten – Ausweitung von Schichtarbeit - Verfall von Arbeitszeit - führen zu steigenden Belastungen und Leistungsdruck. Es ist unerträglich, Kolleginnen und Kollegen, dass in Betrieben bis heute Arbeitszeit einfach verfällt oder gekappt wird.

Die Anerkennung des Werts der Arbeit beginnt damit, dass sie erfasst und vergütet wird - und nicht wie schimmeliges Brot weggeworfen wird.

Deshalb ist die erste Aufgabe: Schluss mit dem Arbeitszeitverfall! Wir brauchen eine neue Kultur der Wertschätzung menschlicher Arbeit. Und Wertschätzung bedeutet - nicht nur, aber auch - anständige Bezahlung. Wertschätzung verlangt zudem die Rücksichtnahme auf unterschiedliche Lebenslagen.

Die Beschäftigten haben ein Recht darauf, dass ihre Anforderung nach Vereinbarkeit von Arbeit und Leben gleichberechtigt neben den betrieblichen Flexibilitätsanforderungen stehen. Ein höherer Anteil älterer Beschäftigter erfordert weitreichende Veränderungen in Arbeitsorganisation, der Arbeitsgestaltung, der Leistungs politik. Einmal Band – immer Band, einmal Schicht – immer Schicht ist keine Antwort auf alternde Belegschaften, prägt aber noch die Berufsrealität vieler.

Darum müssen wir uns kümmern und darum werden wir uns kümmern!

Wir müssen Weg finden, mit denen wir ´raus aus belastenden Tätigkeiten kommen. Wir brauchen auch in Zukunft flexible Übergänge aus dem Erwerbsleben in die Rente. Wir brauchen mehr Durchlässigkeit in der beruflichen Entwicklung für alle.

Kolleginnen und Kollegen, Ich meine, wir stehen an einem Scheidepunkt des Erfolgsmodells dualer Ausbildung. Denn die ist bedroht von der

Zangenbewegung aus immer weniger Schulabgängern und dem immer stärkeren Trend zu Gymnasium und Hochschule. Ausbildungsstätten werden geschlossen, Berufsschule wird nicht mehr ortsnah angeboten. Die Folge: duale Ausbildung wird nochmal unattraktiver für junge Menschen.

Wollen wir dies nicht, und dafür plädiere ich, dann gibt es nur eine Alternative: Die duale Ausbildung erfindet sich neu - als besserer Einstieg zum Aufstieg für die, die es wollen.

Dann ist aber deutlich mehr an Durchlässigkeit auch in der betrieblichen Personalpolitik gefordert. Und Modelle beruflicher Entwicklung, die es auch Berufstätigen mit familiären Verpflichtungen ermöglichen, noch mal die Schulbank zu drücken. Das scheitert heute an den Faktoren Zeit und Geld.

Wir müssen das Erfolgsmodell duale Ausbildung zukunftssicher machen, Kolleginnen und Kollegen. Auch hier ist Tarifpolitik gefordert. Denn das ist unsere Stärke: So waren wir vor 30 Jahren mit vereinten Kräften in der Lage, den Einstieg in die 35-Stunden-Woche durchzusetzen. Und haben mit der Verkürzung der Arbeitszeit auch die richtige Spur für gute Arbeit gelegt.

Doch nicht verhindern konnten wir den krisenbedingten Abbau von hunderttausenden Arbeitsplätzen etwa in den Jahren 1993/94. Vor zehn Jahren haben wir mit dem Pforzheimer Abkommen einen weiteren tarifpolitischen Meilenstein gesetzt. Und damit den Grundstein für Beschäftigungssicherung und erfolgreiche Krisenbewältigung gelegt.

Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung – gewiss keine Gewerkschaftspostille – hat am 6. April einen Artikel zu dem Thema unter der Überschrift veröffentlicht: „Das Beschäftigungswunder begann in Pforzheim“ und der Untertitel lautet „Deutschland verdankt seinen Boom nicht den Hartz-Reformen, sondern den Gewerkschaften.“ Normalerweise macht mich ein solches Lob stutzig – aber in dem Fall stimmt es einfach!

Wir können daher heute selbstbewusst sagen: Wir haben vieles erreicht, was die Grundbedürfnisse der Beschäftigten nach sicherer Arbeit und verlässlichem Einkommen angeht. Darauf können wir uns nicht ausruhen. Tag für Tag sind wir in den Betrieben weiter gefordert gegen Standortverlagerungen und Umstrukturierungen Position zu beziehen.

Wir können auch sagen: Wir haben erste Erfolge bei der Eingrenzung prekärer Arbeit durchgesetzt. Aber auch hier sind wir - genauso wie die Politik - weiter gefordert.

Eine zentrale Herausforderung ist und bleibt, uns dafür einzusetzen,

- dass die Arbeitswelt der Zukunft keine alleine durch betriebswirtschaftliche Zielgrößen gesteuerte,
- durch moderne IT-Technologie vernetzte und überwachte,
- und durch weitgehende Automatisierung menschliche Arbeit ersetzende Welt wird.

Wir wollen, dass die Bedürfnisse der Menschen

- nach sinnstiftender Arbeit,
- nach Arbeit, die Gesundheit schützt und berufliche Entwicklung ermöglicht,
- nach Arbeit, die auf unterschiedliche Lebensphasen Rücksicht nimmt, zum Tragen kommen.

Schlicht: Wir wollen „Gute Arbeit“. Der Schriftsteller Saint-Exupéry hat gesagt: „Die Zukunft bauen, heißt die Gegenwart bauen. Es heißt ein Verlangen zu erzeugen, dass dem Heute gilt.“

Das gilt auch für die Gestaltung der Arbeitsgesellschaft von morgen. Dieses Verlangen prägte und prägt unser gewerkschaftliches Engagement.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen,

wir haben in der Vergangenheit die Kraft für diese und viele andere Erfolge gehabt, weil wir Gewerkschaften auf die Solidarität der Beschäftigten bauen können.

Und dies wird durch eine stabile Mitgliederentwicklung bestätigt. Das stützt unsere betriebliche Handlungsfähigkeit. Das stärkt unsere Gewerkschaftsarbeit vor Ort.

Der 1. Mai ist und bleibt unser Tag der Solidarität aller abhängig Beschäftigten. Der Internationale Tag der Arbeit, der Tag für Gerechtigkeit und Freiheit. Dafür sind wir heute hier, dafür demonstrieren wir an vielen Orten in Deutschland, in Europa und in der Welt!

Für Gute Arbeit.

Für ein soziales Europa.

Für ein Mehr an Gerechtigkeit für arbeitende Menschen in allen Ländern dieser Welt.

Für Freiheit der politischen und gewerkschaftlichen Betätigung gegen Unterdrückung und Diktatur.

Es lebe der 1. Mai!